
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke

Sicherheit, Lebens- und Aufenthaltsqualität am Kottbusser Tor steigern

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, der Gewobag und beteiligten Akteur*innen vor Ort ein zeitnah umzusetzendes ressortübergreifendes Konzept (SenStadt, SenInnSport, SenWGP, SenASGIVA, SenMVKU) im Rahmen der Fortsetzung des Runden Tisches Kottbusser Tor aufzustellen, um insbesondere bei den Themen Sicherheit, Verkehrsführung, Lebens- und Aufenthaltsqualität, Müll und Sauberkeit sowie klimafreundliche Umgestaltung spürbare Verbesserungen herbeizuführen. Die entsprechende Finanzierung der Maßnahmen ist durch den Senat sicherzustellen.

Zu dem Konzept sollen unter anderen gehören:

- städtebauliche Maßnahmen, darunter eine Neugestaltung der Mittelinsel, ein verändertes Beleuchtungskonzept mit kriminalitätshemmender Wirkung in Zusammenarbeit mit der BVG und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt;
- eine veränderte Verkehrsführung, die die Fußgänger*innen und Radfahrenden besser schützt;
- der Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit und die Absicherung und Ausweitung der Gesundheitsangebote der Suchthilfe und des Drogenkonsumraums mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege sowie der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung;
- den Ausbau von Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit, einschließlich der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für konsumierende obdachlose Menschen;
- der Ausbau der Jugendsozialarbeit unter Einbeziehung der vorhandenen Standorte;

- Maßnahmen mit der BSR und Gewobag zur Müllvermeidung und besseren Müllentsorgung;
- die Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität durch Begrünungs- bzw. Entsiegelungsmaßnahmen und die Aufwertung des öffentlichen Raums, z. B. durch mehr Sitz- und Verweilmöglichkeiten;
- ein betreuter Taubenschlag zur Kontrolle der Taubenpopulation und Verringerung der Verdreckung durch Taubenkot;
- die Weiterführung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Gewobag und den Mieter*innen des Neuen Kreuzberger Zentrums sowie die Erweiterung auf die Bestände der Südblöcke zur Stärkung der Anwohner*innen und Nachbarschaft;
- eine enge Zusammenarbeit der Polizei Berlin mit den Beteiligten vor Ort, insbesondere mit dem Ordnungsamt, sowie die Stärkung der Vernetzung vor Ort durch Kontaktbereichsbeamte*innen und andere vor Ort tätige Einsatzkräfte sowie Maßnahmen, die auf stigmatisierungs- und diskriminierungsfreies Polizeihandeln hinwirken;
- die Entwicklung weiterer Maßnahmen im Rahmen von geeigneten Beteiligungsformaten mit Anwohner*innen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Gewerbetreibenden, Akteur*innen der Zivilgesellschaft und sozialen Einrichtungen vor Ort;
- eine enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2023 und sodann vierteljährlich bis Ende 2024 zum Stand zu berichten.

Begründung

Das Kottbusser Tor ist einer der bekanntesten und komplexesten Plätze Berlins, ein Ort der Vielfalt und Begegnung von Menschen aus aller Welt. Es gilt als Beispiel einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik der 1960er und 1970er Jahre, die auf Kahlschlagsanierung und eine autogerechte Stadt setzte. Viele der heutigen Herausforderungen liegen in dieser Zeit begründet. Das Kottbusser Tor ist durch die städtebauliche Gestaltung, aber auch die verfehlte Drogenpolitik des Bundes der letzten Jahrzehnte, unzureichende sozialpolitische Maßnahmen sowie der damit einhergehenden Kriminalitätsentwicklung zu einem Ort von bundesweiter Aufmerksamkeit geworden. In der Regel ist diese geprägt von den vorhandenen negativen Auswirkungen dieser Entwicklungen. Das im Jahr 2022 eröffnete Gesundheits- und Sozialzentrum ist ein wichtiger Schritt, um Menschen mit Drogen- bzw. Alkoholproblem zu helfen.

In den vergangenen Jahren ist eine dauerhaft hohe Anzahl an Delikten, insbesondere im Zusammenhang mit Diebstählen und Betäubungsmitteln (Drogen) zu konstatieren, jedoch auch eine hohe Anzahl an Gewaltdelikten. Ein Anstieg konnte in den letzten zwei Jahren auch aufgrund der Auswirkungen der Coronapandemie zwar verlangsamt werden, ist aber weiterhin zu verzeichnen. Die komplexen Problemlagen sind nicht allein durch Polizeiarbeit zu lösen. Es bedarf vielmehr eines ganzheitlichen Konzepts zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Erhöhung der Sicherheit. Nur die überbelegte Polizeiwache für 3,5 Millionen Euro reicht nicht aus, solange nicht zusätzliche Mittel für soziale, präventive und städtebauliche Maßnahmen fließen. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz unter Beteiligung der

Anwohner*innen, Gewerbetreibenden sowie der Zivilgesellschaft vor Ort. Dafür bietet der Runde Tisch Kottbusser Tor eine Plattform, um u.a. Bedarfe zu priorisieren, gemeinsam Maßnahmenpakete zu erarbeiten und Zuständigkeiten abzustimmen. Die Aufenthaltsqualität ist auch durch die Gestaltung des öffentlichen Raums als niedrig einzustufen. Das Bild ist geprägt durch versiegelte Flächen und Beton. Das Kottbusser Tor ist zudem ein Unfallschwerpunkt – immer wieder kommt es zu schweren, teils tödlichen Unfällen.

In den vergangenen Jahren wurden mehrere Untersuchungen, Studien und Konzepte für das Kottbusser Tor vorgelegt. Die Probleme und möglichen Lösungsansätze sind seit langem klar benannt. Bereits vor dem Runden Tisch Kottbusser Tor hat der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in den Jahren 2016, 2018 und 2022 Strategie- und Fachtage durchgeführt und mit der Studie „Leben zwischen Dreck und Drogen. Sicherheitsempfinden am Kottbusser Tor“ (Blokland 2021) Analysen und Handlungsempfehlungen vorgelegt. Viele der Themen sind Gegenstand der bestehenden regelmäßigen bezirklichen Präventionsrunden. Bei der Weiterführung des Runden Tisches sind diese Ergebnisse und bestehende Maßnahmenlisten einzubeziehen und zu berücksichtigen. Ziel des Runden Tisches ist, unter enger Beteiligung des Bezirks, Anwohner*innen, Initiativen, Zivilgesellschaft und Gewerbetreibenden, schnellstmöglich eine Maßnahmenplanung aufzustellen, die kriminalpräventiv, sozialintegrativ, klimafreundlich und nachhaltig wirkt.

Gleichzeitig müssen die Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirk geklärt und eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung der Maßnahmen durch das Land sichergestellt werden. Mit einer ressortübergreifenden Antwort auf die Herausforderungen (von der Stärkung der Angebote des Sozialwesens, städte- und verkehrsbaulichen Veränderungen, Entsiegelung und Begrünung, Ansprechbarkeit, Präsenz und Kooperation der Polizei mit allen Akteuren vor Ort) soll den bisherigen Entwicklungen wirkungsvoll und zielgerichtet entgegengewirkt werden, damit der „Kotti“ ein lebenswerter, vielseitiger und sicherer Ort für alle sein kann.

Berlin, den 12. September 2023

Jarasch Graf Altuğ Franco Schwarze

und die übrigen Mitglieder der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schatz Schrader

und die übrigen Mitglieder der Fraktion

die Linke